

Sehr geehrte Frau Wehinger,

Die Grünen am Scheideweg

wir haben auf unsere E-Mail vom 1.11.2023 auch nach mehr als 3 Monaten noch keine Antwort bekommen und auch nicht auf unsere Erinnerung vom 26.1.2024. Wir möchten Sie nochmals bitten, die offenbar noch in der Schwebe befindliche Entscheidung über eine gesetzliche Regelung ambulanter Zwangsbehandlung in Baden-Württemberg zu einem Menschenrechte konformen Abschluss zu bringen, das heißt, endgültig diese Überlegungen fallen zu lassen, sowie uns dies mitzuteilen. Da kein Gesetzentwurf öffentlich geworden ist, kann das noch geräuschlos und gesichtswahrend geschehen.

Aus unserer Perspektive sind die Grünen an einem Scheideweg:

Entweder mit der gesetzlichen Einführung ambulanter Zwangsbehandlung unter einem grünen Gesundheitsminister in Baden-Württemberg wird Zwang und Gewalt der Psychiatrie ausgeweitet, obwohl das dem Grundgesetz, dem [§ 1832](#) (vormals § 1906a) in Punkt 7., der UN-Behindertenrechtskonvention und damit den Menschenrechten diametral und der Entscheidung aller Fraktionen des Bundestages 2004 (siehe Protokoll der Bundestagesdebatte ab Seite 8409 hier: <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15094.pdf>) widerspricht.

Oder die Grünen verabschieden sich von all diesen Vorgaben und wollen unbedingt auf "Teufel komm raus" die autoritäre und Menschenrechte verachtende Spitze der Zwangspsychiatrie durchsetzen. Dass so eine Gesetzgebung darüber hinaus auch von der WHO missbilligt wird und sich in den Ländern, in denen sie durchgesetzt wurde, als sinnlos bzw. widersinnig herausgestellt hat, wird in dem Editorial der *Recht&Psychiatrie 1/2024* ausgeführt, das hier veröffentlicht wurde: <https://psychiatrie-verlag.de/product/editorial-inhaltsverzeichnis-rp-1-2024/>

Wir empfehlen auch diesen anliegenden Artikel *dringend* zur Lektüre.

Ob mehr Zwang und Gewalt in der Psychiatrie wirklich so eine tolle Werbung für die Grünen wäre oder doch eher für die AfD als das autoritäre Original in den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, sei mal dahingestellt.

Falls Sie sich weiter informieren wollen, weisen wir nochmal auf diese Websites hin:

- 1.9.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/09/auf-ruf-zum-tagungsbesuch-in-zwiefalten/>
- 30.9.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/09/warum-wir-nein-sagen/>
- 26.10.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/10/demonstration-in-zwiefalten/>
- 26.10.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/10/typisch-psi-chiatrisch-zwischenfall-bei-der-tagung/>
- 3.11.2023: <https://bpe-online.de/stellungnahme-und-faktencheck-zur-ambulanten-zwangsbehandlung-in-baden-wuerttemberg/>
- 15.11.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/11/therapeutische-staat-will-sich-weiter-ausbreiten-2/>
- 23.11.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/11/offener-brief-an-dunja-mijatovic/>
- 29.11.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/11/dgppn-bilder-der-demo-nov-2023/>
- 6.12.2023: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2023/12/un-und-bgh-bestaetigen-unseren-standpunkt/>
- 10.1.2024: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2024/01/dgsp-weitert-den-blick/>

Mit freundlichen Grüßen

rene talbot Uwe Pankow Helmut Petri
(Der Vorstand von [die-BPE](#))

Kopie an den [Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener](#), MdB [Dr. Kirstin Kappert-Gonther](#) - Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Bundestages